

Pöfener Zeitung.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

Montag, 24. Juli

1871.

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
bei Grunski (C. H. Ulrich & Co.)
Breitenstraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt u. Friedrichstr. Ecke 4;
in Grah bei Herrn F. Streifand;
in Frankfurt a. M.
G. J. Dautz & Co.

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Rudolph Mosse;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel:
Haasenstein & Vogler;
in Berlin:
A. Klemmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Kahl.

Nr. 339.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-
jährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 2½ Sgr. Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Inserate 14 Sgr. die sechsgepaltene Zeile oder
deren Raum, Resten verhältnismäßig höher,
sind an die Expedition zu richten und werden für
die an demselben Tage erscheinende Nummer nur
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Telegraphische Nachrichten.

Emg. 23. Juli. Ihre Majestät die Kaiserin traf heute Nachmit-
tag 2 Uhr hier ein, ertheilte mehrere Audienzen und fuhr hierauf wie-
der nach Koblenz. — Se. Maj. der Kaiser empfing heute Ihre Königl.
Hochheiten die Prinzen Albrecht Vater und Sohn. Morgen Vor-
mittag 10 Uhr wird der Kaiser sich in Begleitung der Flügel-Adjutan-
ten Graf Lehndorff und v. Alten mittelst Extrazuges über Mainz
und Darmstadt nach Jugenheim begeben, um den Kaiser und die Kai-
serin von Rußland zu begrüßen und Abends wieder hierher zurückkeh-
ren. — Der Kaiser von Rußland wird Dienstag die Rückreise antre-
ten und auf derselben Berlin passieren.

Hannover. 22. Juli. Das zu Ehren der siegreichen heimgekehr-
ten Truppen veranstaltete Fest nahm einen wahrhaft großartigen Ver-
lauf. Stadthauptmann Albrecht bestellte in seiner Begrüßungsrede zu-
nächst, daß die Nationaleinheit fest gegründet sei und bezeichnete als den
Preis des Sieges die nunmehrige Sicherung der Grenzen, sowie die
Erlebung des Kaiserreichs. Derselbe gedachte sodann der für die heil-
ige Sache Gebliebenen, sowie der schweren Opfer, welche der Krieg
gefordert und bezeichnete es als eine heilige Pflicht, das durch denselben
Errungene friedlich auszubauen und treu zu dem neuen deutschen Reiche
und dem siegekrönten Kaiser zu stehen. Zum Schluß seiner Rede
brachte er ein Hoch auf den Kaiser aus, in welches alle Anwesenden
enthusiastisch einmündeten. General v. Voigts-Rhege sprach hierauf der
Stadt Hannover, den Patrioten, Festgebern und Frauen seinen wärm-
sten Dank aus und schloß mit einem Hoch auf die Provinz Hannover,
welche die heimgekehrten Truppen wie Brüder aufgenommen habe. Am
Abend fand brillantes Feuerwerk statt. Das Fest endigte unter allsei-
tiger und allgemeiner Theilnahme erst mit dem anbrechenden Morgen.
Prachtvolles Wetter begünstigte die schöne Feier.

Königsberg i. Pr. 22. Juli. Das Schiff „Karolina“, Kap-
tän Kottner aus Pommern mit Ballast, strandete in der Nacht vom 20. auf
den 21. an der Südspitze der Molen; die Mannschaft ist gerettet.

München. 22. Juli. Professor Friedrich ist vom Erzbischof seines
ihm vom Könige verliehenen Benefiziums entsetzt worden. Als Grund
dieser Maßregel bezeichnet der Erzbischof die Erklärung Friedrich's,
daß er auch ferner noch geistlichen Beistand leisten wolle, sowie den
Umkand, daß er dem Professor Zenger die Sterbesakramente spendet
und die kirchliche Einsegnung der Leiche vorgenommen habe.

München. 23. Juli. Der König verließ dem Kronprinzen des
deutschen Reiches vor dessen Abreise von München das erste bairische
Ulanen-Regiment.

Versailles. 22. Juli. Die Budgetkommission hielt heute eine
Sitzung, in welcher Thiers in längerer Rede den neuerlichen Beschluß
der Kommission bezüglich des vom Finanzminister empfohlenen Zoll-
systems heftig bekämpfte und dagegen namentlich die Einführung eines
Zolles von 20% auf Rohstoffe mit Rückvergütung bei der Ausfuhr
warm befürwortete. Eine Diskussion über diesen Punkt hat in der
Sitzung nicht weiter stattgefunden, jedoch ist man allgemein der An-
sicht, daß die Kommission auf Ablehnung dieser Steuervorlage beharren
wird und die Annahme derselben seitens der Nationalversammlung
immer noch sehr unwahrscheinlich erscheint, falls die Regierung dieselbe
aufrecht erhalten will.

Versailles. 22. Juli. In der Nationalversammlung findet die
Berathung über die Petitionen betreffend die weltliche Gewalt des
Papstes statt. Thiers erklärt, er müsse vor Allem darauf bedacht sein,
die Politik des Landes in keiner Weise zu kompromittiren, er werde
jedoch, sei es im Verein mit den übrigen katholischen Mächten, sei es
allein, die Unabhängigkeit des Papstes verteidigen, da dieselbe für die
durch das Konkordat geregelten Beziehungen des Staates zur Kirche
notwendig sei. Bischof Dupanloup unterstützt die Forderungen der
Petitionen und pflichtet dabei den Gesichtspunkten bei, welche foeben
von Thiers entwickelt wurden. Gambetta lobt die Festigkeit und Auf-
richtigkeit bekundenden Auseinandersetzungen Thiers und erklärt sich
mit denselben einverstanden. Nach einer sehr erregten Debatte wird der
von Barthé gestellte und von Gambetta unterstützte Antrag auf Ueber-
gang zur Tagesordnung mit 403 gegen 264 Stimmen verworfen und
beschlossen, die Petitionen dem Minister des Aeußern zu überweisen.

Wien. 22. Juli. In diplomatischen Kreisen wird versichert, daß
Graf Karolvi bestimmt sei, den Votschafterposten in Berlin zu über-
nehmen. Baron Ribbed soll an Stelle des Baron v. Prolesch-Osten,
welcher in den Ruhestand tritt, als Votschafter in Konstantinopel in
Aussicht genommen sein.

London. 22. Juli. Der Großfürst Konstantin von Rußland ist
hier eingetroffen. — Die gestern im Oberhause vom Herzog von Rich-
mond beantragte zweite Lesung der Heeresbill wird Montag über acht
Tage stattfinden.

Madrid. 21. Juli. Die „Correspondencia“ meldet, der König
habe Serrano mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt, Ser-
rano habe jedoch, bevor er diesen Auftrag annahm, ein Programm
überreicht, wonach das neue Ministerium ein Ministerium der Versöh-
nung oder Fusion sämtlicher Parteien sein solle; die Entscheidung des
Königs sei bisher noch nicht erfolgt. Sagasta befürwortete ebenfalls die
Versöhnung, während Zorilla und Martos dieselbe bekämpfen.

Madrid. 22. Juli. Der König hat dem von Serrano vorgelegten
Programm seine Zustimmung ertheilt. Letzterer hat alle Personen,
welche seit Ausbruch der Revolution Ministerposten bekleideten, für
heute zu einer Versammlung berufen. Man glaubt, daß Topete, Sa-
gasta, Mloa und Alcala in das neue Ministerium eintreten werden.

Brief- und Zeitungsberichte.

Δ Berlin. 23. Juli. Wie vorausgesehen war, hat die vorgestern
erfolgte Aufhebung der besonderen katholischen Abtheilung im
Kultusministerium allgemeine Sensation hervorgerufen. Bei

Beurtheilung der Maßregel ist namentlich zu konstatiren, daß die
Regierung verfassungsmäßig und gesetzmäßig so vorgehen konnte. Ein
legislativer Akt war nicht erforderlich, weil die Errichtung der Ab-
theilung im Jahre 1841 nicht durch ein Gesetz, nicht einmal auf Grund
einer publizirten Kabinettsordre, sondern nur durch eine an das
Ministerium erlassene allerhöchste Befehlsurkunde erfolgt war. — Es dürfte
zunächst nicht uninteressant sein, einige historische Daten über die
Behandlung der Kultusangelegenheiten in früherer Zeit kennen zu
lernen. Bis zum Jahre 1817 gab es in Preußen kein besonderes
Kultusministerium, sondern nur eine Sektion für Kultus im Ministerium
des Innern. Der erste Kultusminister war von Altenstein; in seinem
Departement gab es aber keinen Unterschied in der Behandlung der
Angelegenheiten der evangelischen und der katholischen Kirche, es
wurden vielmehr alle, dem Gebiet beider Kirchen angehörigen An-
gelegenheiten von denselben Räten bearbeitet, unter denen sich lange
Zeit hindurch nur ein Rath katholischer Konfession, von S. Schmieding,
befand. Die besondere Abtheilung für die katholische Kirche wurde 1841
unter dem Minister Eichhorn errichtet, und zwar mit Rücksicht auf die
damaligen Wirren in der katholischen Kirche, welche man so zu einer
friedlichen Erledigung führen zu können sich Hoffnung machte. Der
erste Direktor dieser Abtheilung war der Geheimrath Aulicke, bei
dessen Tode bereits die Aufhebung der Abtheilung in Frage kam, die
aber unterblieb, weil man damals nicht erwarten konnte, daß aus der
Beibehaltung Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten entstehen würden.
Diese treten aber jetzt in Folge der jüngsten Entwicklung der katho-
lischen Kirche offen zu Tage, so daß der Regierung nichts anderes
übrig blieb, als sich auf den rein staatlichen, unbefangenen Standpunkt
zu stellen, und jede Betheiligung an dem konfessionellen Treiben abzu-
weisen. — Der letzte Direktor der katholischen Abtheilung, der Wirkl.
Geh. Oberregierungs Rath Kräpzig, ist gleichzeitig mit dem Erlaß der
publizirten Kabinettsordre zur Disposition gestellt worden.

— Nachdem der Kaiser die Räumung der Departements Curve,
Seine Infanterie und Somme durch die deutschen Truppen befohlen
hat, werden demgemäß das General-Kommando des I. Armee-Corps
und die 1. Division den Rückmarsch in die Heimath antreten.

— Es wird von mehreren Seiten versichert, daß die Publikation
über die Vertheilung der 4 Millionen-Votations unmittelbar bevorstehe.
Wie es heißt, sollen die Summen, welche an die einzelnen Heerführer
zur Vertheilung kommen, zwischen 500,000 Thlr. (welche Summe dem
Kriegsminister v. Moos und dem Grafen Moltke bestimmt waren) und
150,000 Thlr. schwanken.

— Von dem Kultusminister sind auf Verlangen des Reichskanzlers
Berichte über die kirchlichen Bestrebungen in den einzelnen preu-
sischen Provinzen eingefordert; auch die einzelnen Regierungspräsi-
den haben den Auftrag erhalten, über die Umtriebe der Ultramontanen
in denjenigen Bezirken, in denen das katholische Element das weit
überwiegende ist, genau zu berichten.

— Wie der „Wes. Ztg.“ unterm 18. d. M. aus München gemeldet
wird, ist der Vertrag wegen Anlegung der Reichslokalbahn durch
die bairische Armee unterzeichnet worden. Die übrigen deutschen Ar-
meen werden selbstverständlich folgen.

— Unter den Justizbeamten, schreibt die „Post“, soll eine große
Aufregung herrschen, nachdem bekannt geworden, daß unter allen preu-
sischen Beamten sie allein von den Gehaltssteigerungen, welche
noch in diesem Jahre seitens des Staatsministeriums beim Landtage
beantragt werden sollen, ausgeschlossen sind. Man soll nämlich im
Justizministerium alle Anträge auf Gehaltszulagen zurückgezogen
haben, weil man hofft, daß die längst projektirte Justizreform bereits
im nächsten Jahre vom Reichstage zum Gesetz erhoben werden wird.
Durch dieselbe würde eine erhebliche Anzahl von Beamten entbehrlich
und die gesamten Etatsverhältnisse des Justizministeriums sich von
Grund aus anders gestalten. Eine Folge dieser Ausfichten sind Massen-
petitionen der Beamten einzelner Gerichtshöfe an ihre Chefs gewesen,
in denen gebeten wird, den Justizminister um Verringerung seiner An-
sicht und um Aufstellung des Prinzips der Gleichstellung aller Beam-
ten des preussischen Staats in Bezug der Gehälter zu eruchen.

— Ueber die Ausführung und Anwendung des noch so jungen
Militär-Pensions-Gesetzes vom 27. Juni d. J. werden, wie
die „Post“ schreibt, bereits mehrfache Klagen laut. Insbesondere
sollen sich die betreffenden Behörden gegen diejenigen Bestimmungen
des Gesetzes sehr lau verhalten, welche vom deutschen Reichstage der
ursprünglichen Regierungsvorlage hinzugefügt worden sind. Um ein
Beispiel anzuführen, es bestimmt der § 96 für jedes Kind der Militär-
personen der Unterlassen eine Erziehungsbeihilfe von 3½ Thlr. und
wenn es zugleich auch mütterlos ist, von 5 Thälern. Der Reichstag
fügte diesem Paragraphen hinzu, daß eine Beihilfe von 3½ Thlr. mo-
natlich auch der hinterlassene Vater oder Großvater, die hinterblie-
bene Mutter oder Großmutter, erhält, sofern der Verstorbene der ein-
zige Ernährer derselben war. Gegen diese Bestimmung sollen die Her-
ren Landräthe, Polizeibehörden, Schulzen u. dergleichen arg gesündigt
haben, indem sie die armen alten Leute einfach abweisen. Eine In-
struktion seitens des Ministers des Innern dürfte daher nicht über-
flüssig sein.

Breslau. 21. Juli. Die Bedeutung des diesjährigen Journa-
listentages, welcher durch die gründliche Berathung und einmüthige
Annahme der Grundzüge eines deutschen Reichspressgesetzes ein so
werthvolles Resultat erzielt hat, wird von allen Seiten, sogar von
solchen, die dem Journalistentag bisher fremd und abgeneigt gegenüber-
standen, bereitwillig anerkannt. Auch die Staatsregierung hat sich
der Einsicht nicht verschlossen, daß ein so gewichtiges Votum für das
beabsichtigte Reichspressgesetz die höchste Beachtung verdient, und sowohl
von Seiten der höheren Pressestelle in Berlin, wie vom f. Ministerium
des Innern ist an den Vorort des Journalistentages die Bitte gerich-
tet worden, die Verhandlungen und Druckfachen des Kongresses in
möglichster Vollständigkeit mittheilen zu wollen. Es versteht sich von
selbst, daß diesem Ersuchen in kürzester Frist entsprochen werden wird.

Göttingen. 20. Juli. Bei dem großen Kommerz, welchen die
die Universität zu Ehren der ins Feld gezogenen Kommissionen am
15. d. gab, wurde durch Prof. v. Seebach, welcher dabei auf die aus-
gesprochene Theilnahme des Fürsten Bismarck an dem Geschied seiner
alma mater Bezug nahm, der Vorschlag gemacht, nicht nur auf den
berühmtesten Zögling der Georgia Augusta einen „Salamander“ zu

reiben, sondern auch dem Fürsten ein Telegramm zuzusenden. So ging
dann am 16. folgendes Telegramm ab:

„Beim gestrigen allgemeinen Kommerz der Georgia Augusta zu
Ehren der aus dem Felde heimgekehrten Kommissionen jubelnde Begei-
sterung für die im Kaiser verkörperte Einheit, Macht und Herrlichkeit
deutscher Nation. Dem ehemaligen Göttinger Kommissionen v. Bis-
marck wurde ein dommerder Salamander dargebracht. Von vielen
Festgenossen wurde der Wunsch ausgedrückt, den Reichskanzler telegra-
phisch zu begrüßen.“

Darauf erfolgte umgehend das Antwortschreiben des Fürsten:
„Eurer Magnifizenz danke ich verbindlich für Ueberbringung des Gru-
ßes der Festgenossen, welche am 15. die Rückkehr ihrer Kommissionen
aus dem Felde gefeiert haben. Die frohen Erinnerungen der Studien-
zeit und die politischen Verhältnisse der Gegenwart machen gleichmäßig
den Gedanken, daß bei einem Feste der Georgia Augusta meiner freund-
lich gedacht worden ist, zu einem für mich besonders wohlthunenden, und
ich erwidere den ehrenvollen Gruß der Kommissionen mit den herzlich-
sten Wünschen für das fernere Gedeihen unseres wissenschaftlichen und
unseres politischen Gemeinwesens.“

Aus Chemnitz schreiben die „Chemnitzer Nachrichten“: Von gut
verbürgter Seite wird uns die Mittheilung gebracht, daß hiesiger
Soldaten das Lesen der „Chemnitzer Nachrichten“ und ein „ver-
traulicher Umgang mit dem Civil“ seitens eines Hauptmanns
verboten worden sein soll. Die reelle Wahrheit selbst vorausgesetzt,
fällt es uns nicht ein, darüber ein Wort zu verlieren. Wenn man
aber von gewisser Seite her nur allzu schnell geneigt ist, von „Heke-
rien gegen das Militär“ zu reden und mit Hilfe des Staatsanwalts
Satisfaktion für „beleidigte Ehre“ zu fordern, so sollten wir meinen,
müßten auch Pflichten beobachtet werden, welche beiden die „Quelle“
abschneiden. Wir legen einem derartigen militärischen Befehle nicht
große Bedeutung bei, vermehren uns aber darüber, daß man in ge-
wissen Kreisen ein so kurzes Gedächtniß dafür zu haben scheint, was
für Opfer liberale Blätter und das Civil auch ihrerseits in dem ruhm-
voll beendigten Kriege gebracht und welcher Sorge sie sich um Verpfle-
gung der sowohl im Felde stehenden als der heimgekehrten invaliden
Soldaten unterzogen haben.

Strasburg. 20. Juli. Die „Straßb. Ztg.“ schreibt: Seit eini-
gen Wochen geht durch die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen eine Be-
wegung, die wir nicht unbeachtet lassen dürfen. Theils auf Grund von
Korrespondenzen in einigen deutschen Blättern, theils durch absichtliche
Ausstreuungen von gewisser Seite hat sich das Gerücht verbreitet, daß
schon im Herbst dieses Jahres eine Militäraushebung stattfinden
solle. Die Folge davon ist, daß die Auswanderung der wehrfähigen
jungen Leute, unterstützt durch förmliche französische Werbungen, grö-
ßere Dimensionen annimmt. Wir können diesen Gerüchten und Untrie-
ben gegenüber die bestimmte Versicherung geben, daß bisher nicht die
mindeste offizielle Andeutung vorliegt, welche eine solche Beschleunigung
der Einführung der deutschen Militärgesetzgebung erwarten ließe.

Aus Bielefeld berichtet der dort erscheinende „Bäcker“: Am
Sonntag, den 16. d. M. Nachmittags kam ein starker Militärzug von
Hannover aus, nach Ranch bestimmt, hier durch und hielt einige
Stunden hier an. Es wurde „Schwärmern“ gelassen, die Leute er-
früchten sich, namentlich bei der starken Hitze. Ramm war der Zug ein-
gelaufen, so ließ der Hauptmann v. Runkel vom 74. Regiment
zwei Soldaten, Namens Schuhmacher und Müller, die sich allerdings
ohne Erlaubniß und sogar gegen den Befehl oben auf den Waggon
gelegt hatten, durch einen Unteroffizier herunterholen, notirte die Na-
men der beiden Soldaten, um sie vielleicht in der Garnison gefesselt
zu bestrafen. Die beiden Soldaten wollten sich nun unbemerkt in den
Waggon begeben, als von dem Hauptmann v. Runkel ein donnerndes
„Halt! Hierher!“ ertönte. Die beiden Soldaten traten vorschrifts-
mäßig an ihn heran und der Hauptmann v. Runkel schlug mit
Ueberlegung und voller Kraft erst dem einen, dann dem
anderen der genannten Soldaten dermaßen hinter die
Ohren, daß den nächststehenden Zivilisten, die früher auch gedient,
fast Hören und Sehen vergangen.

Vermischtes.

* **Berlin.** Der Lieutenant Haas von dem 3. Artillerie-Re-
giment (Feld-Zugmeister), der, wie bekannt, das Unglück hatte, durch
einen Schrapnellschuß über 20 Verwundungen davonzutragen, geht, wie
man dem „V. Fr.-Bl.“ mittheilt, jetzt sichtlich seiner Genesung entge-
gen. Die Schrapnellwunden sind bereits alle bis auf 8 verheilt und die
Kräfte nehmen sichtlich zu. Die chirurgische Wissenschaft, die im ka-
tholischen Krankenhaus (wo der Offizier sich befindet) an dem offtge-
nannten weiblichen Dr. G. Schmidt einen würdigen Vertreter be-
sitzt, feiert an diesem Opfer moderner Kriegskunst wieder einen äußerst
glänzenden Triumph.

* **Götting.** Bei dem Stiftungsfeste der Naturforscher-Gesellschaft
wurde ein von einem Gaste gedichtetes Lied nach der Melodie „Gau-
deamus igitur“ gesungen, in welchem sich die folgende Strophe auf den
Fürsten Bismarck bezog:

„Der dem Feinde bis ins Mark,
Ihn auch laßt uns ehren;
Ist er reich auch nicht an Haaren,
Wagt er Unglück und Gefahren
; Klug doch abzuwehren.“

Das Lied wurde von dem Vorsitzenden im Einverständnis mit
dem Verfasser an den Fürsten Reichskanzler geschickt, welcher die auf
ihn bezügliche Strophe durchaus nicht übel aufgenommen, sondern von
seinem Geheimsekretär in einem sehr verbindlichen Schreiben hat beant-
worten lassen. (Man sieht, der ermüdete Staatsmann hat auch jetzt
noch nicht Ruhe. Welche Arbeit, alle diese eiteln Einwendungen lesen
und beantworten zu müssen!)

* **Dresden.** 21. Juli. Ueber den Marschallstab, welchen der
Kronprinz Albert am Einzugsstage geführt hat, meldet das amtliche
„Dresdener Journal“, die erste Nachricht des „Leipz. Tagebl.“ bestä-
tigend, daß derselbe dem historischen Museum entnommen und derselbe
ist, den einst König Johann Sobieski, welcher 1683 bei seinem
Siege über die Türken Wien entsetzte, geführt hat.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wajner in Posen.

Neueste Depeschen.

Paris. 23. Juli. Ein ausführlicher Bericht über die gestrige
Rede Thiers lautet: Thiers bedauert die Aufwerfung der Frage
(wegen der Einnahme Roms), er werde seine früheren Ansichten nicht
verleugnen, bemerkt jedoch, daß die gegenwärtigen Ansichten auch (nicht?)
in Frankreich zur Geltung kommen. Die bedauerlichen Lehren vom

